

Wirtschaft



Stallbauer: Schauer-Manager Karl-Heinz Denk über Stillstand wegen Vollspaltenböden »Seite 8

MITTWOCH, 21. FEBRUAR 2024 | WWW.NACHRICHTEN.AT/WIRTSCHAFT

OÖNachrichten

Energiewende bis 2030? Warum Experten das für eine Illusion halten

Energieerzeugung und -verbrauch: Die Unabhängigkeit Österreichs von russischem Gas bis 2027 ist bisher nicht einmal ansatzweise realistisch

HINTERGRUND

VON DIETMAR MASCHER



Bis 2030 soll die Stromproduktion in Österreich CO₂-neutral sein, bis 2040 Österreich an sich. Im OÖN-Interview gab sich Klimaschutzministerin Leonore Gewessler noch zuversichtlich, dass dies alles machbar sei. Doch Experten haben massive Zweifel daran. Ihr Hauptargument: Bisher passiere viel zu wenig. Und die Politik verwechsle in ihrer Darstellungsweise auch elementare Bereiche der Physik wie installierte Leistung und tatsächlich gewonnene Energie.

Das behauptet mit dem Linzer Wissenschaftler Werner Kepplinger einer, der über Jahrzehnte damit zu tun hatte. Er ist emeritierter Universitätsprofessor an der Montanuni in Leoben, nach wie vor im Board des Metallurgie-Kompetenzzentrums in Leoben und langjähriger Mitarbeiter des Voestalpine Industrieanlagenbaus (VAI). Und er hält mehr als 1800 Patente.

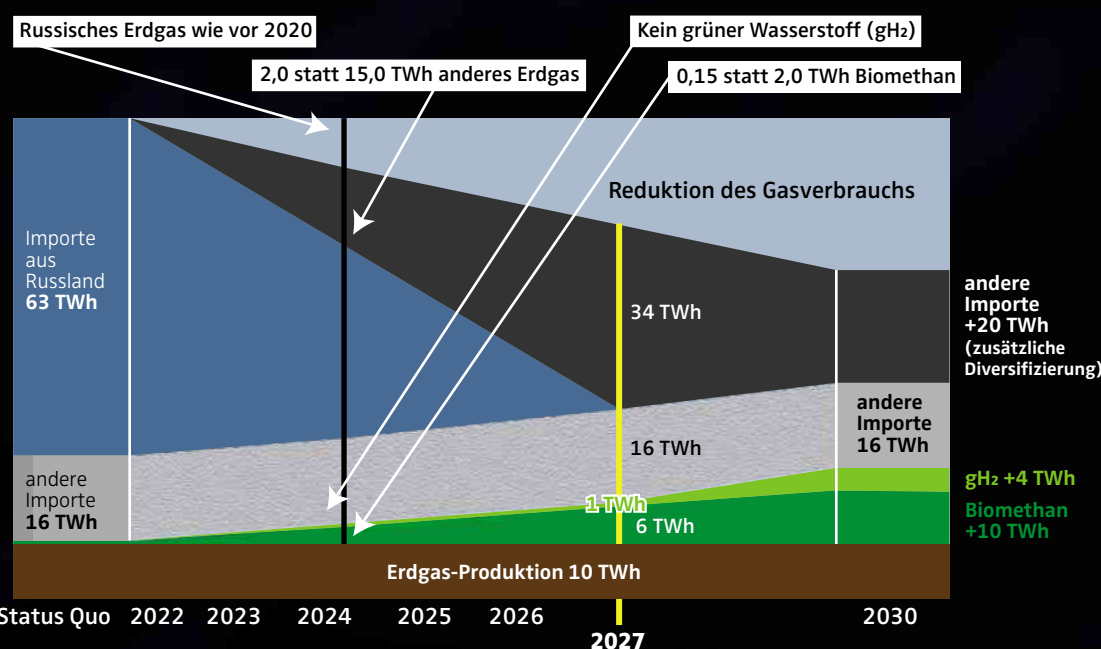
Es sei notwendig, die Energiewende anzustreben, aber es sei leider illusorisch, dies in der angestrebten Zeit zu erreichen, sagt Kepplinger und erklärt dies anhand des größten geplanten Photovoltaik-Kraftwerks in Nickelsdorf. Dort werden auf einer Fläche von 160 Hektar 220.000 Solarmodule mit einer Leistung von 120 Megawatt peak installiert. Tatsächlich wird diese Anlage also pro Jahr 0,12 Terawattstunden (TWh) Strom liefern. Bis 2030 sollen aber allein aus Photovoltaikanlagen zusätzlich elf Terawattstunden Strom kommen, man bräuhete 100 solcher Anlagen.

Es braucht mehr Wind

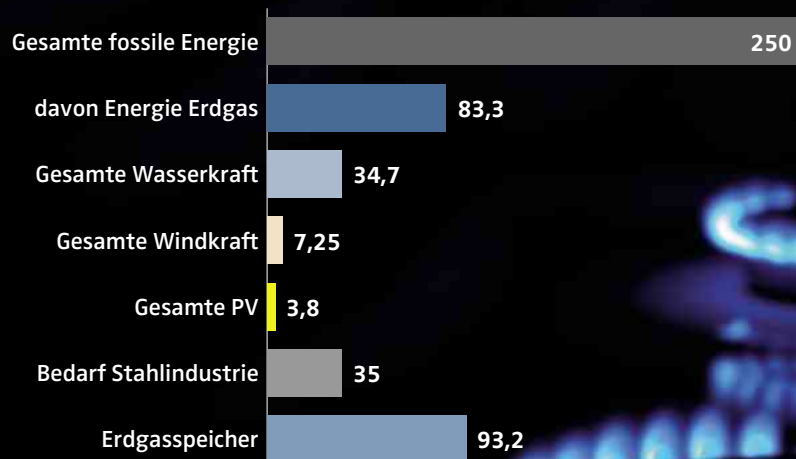
Zehn TWh sollen aus Windkraft kommen. Dafür bräuhete es in Österreich aber pro Jahr 860 neue Windräder. Das gehe sich bei der derzeitigen Verfahrensdauer für Genehmigung und Bauzeit nicht aus, schon gar nicht im Rahmen der jetzigen Gesetze, die einen Mindestabstand von einem Kilometer zu Siedlungsgebieten verlangen. Dazu komme, dass die Industrie mit PV-Strom nicht viel anfangen könne, weil etwa Elektrolichtbogenöfen, wie sie die voestalpine zur Stahlerzeugung verwenden wird, stabile Grundlast und Spitzen benötigen. Strom aus Wasser und Wind seien daher aus Industriesicht besser.

Außerdem sei die österreichische Energiewende vorerst nur eine Elektrizitätswende, der größte Brocken seien Verkehr, Wärme und Industrie. Derzeit stammen 250 TWh der Energie in Österreich aus fossilen Energieträgern, davon gut ein Viertel aus Erdgas, Strom aus Wasser-, Wind- und

Ersatz der Erdgasimporte aus Russland bis 2027 und Reduktion der Importabhängigkeit bis 2030



Energie Österreich 2022* in TWh/a



* Zahlen für 2023 liegen noch nicht vor

Grafik: OÖN; Foto: colourbox; Quelle: Werner Kepplinger, Österreichische Energieagentur



„Beim Gas wurde angekündigt, dass morgen alles besser und anders wird. Leider wurde es das bisher nicht.“

Werner Kepplinger, Wissenschaftler und emeritierter Universitätsprofessor der Montanuni Leoben

Sonnenkraft kommt da noch vergleichsweise mickrig daher. Man bräuhete die gesamte österreichische Wasserkraft, um allein den Bedarf der Stahlindustrie zu decken, sagt Kepplinger.

Es fehlt an vielem

Kopfschüttelnd erklärt der Wissenschaftler auch die Entwicklung beim Gasverbrauch. Die Abhängigkeit von Russland sei nur kurzfristig gesunken, weil die Gasspeicher voll waren. Jetzt kommt das Gas, wie berichtet, wieder hauptsächlich aus Russland. Die angekündigten Gegenmaßnahmen (Einkauf aus anderen Ländern, mehr Biogas und grüner Wasserstoff) liegen bisher meilenweit hinter den Zielen. „Es gibt keinen grünen Wasserstoff, nur 0,15 statt

der notwendigen zwei TWh Methan, und die Importe aus Russland liegen auf dem Niveau von vor 2020“, sagt Kepplinger. „Angekündigt wurde, dass morgen alles besser und anders wird. Leider wurde es das bisher nicht.“

Hoffnung machen laut Kepplinger dafür die Erdgasspeicher in Österreich. Sie haben eine Kapazität von 93,2 TWh/Jahr, während alle österreichischen Pumpspeicherkraftwerke gerade einmal auf 1,7 TWh kommen und alle deutschen Batteriespeicher auf 0,08 TWh.

Ob die Umsetzung des Green Deal in Österreich bis 2050 machbar sein werde, hänge also von Speicherkapazitäten, geänderten Rahmenbedingungen und den Kosten ab.

KOMMENTAR

VON SIGRID BRANDSTÄTTER



Verfliete Gießkanne

Die Sozialpartner haben ihre Ideen zur Ankurbelung der Baukonjunktur präsentiert. Ein Vorschlag lautet: ein nicht rückzahlbarer Zuschuss für jeden Häuslbauer von bis zu 100.000 Euro. Abgesehen davon, dass diese Maßnahme geeignet ist, den Flächenverbrauch weiter anzuheizen, hat die Wirtschaftskammer ihre bei

Bei den Vorschlägen wird es zum Fürchten

anderen Zielgruppen vorgetragene Kritik an Gießkannenförderungen hier flugs über Bord geworfen.

Die Baukonjunktur anzukurbeln, ist vernünftig, allerdings mit Maßnahmen, die leistbaren Wohnbau für jene, die es brauchen, zum Ziel haben. Ein Gedankenspiel: Im langjährigen Vergleich werden in Österreich 14.000 bis 18.000 Eigenheime pro Jahr baubewilligt. Wenn nur 10.000 Eigenheime förderfähig wären, kostete dieser Vorschlag allein eine Milliarde Euro.

Dieser Tage sollen weitere Gespräche der Bau-Sozialpartner mit der Regierung zu diesem Thema stattfinden. Bei solchen Vorschlägen bekommt man es mit der Angst zu tun, was im anlaufenden Wahlkampf den Interessenvertretern noch alles einfallen wird.

s.brandstaetter@nachrichten.at

ÜBERBLICK

Weniger Steueroasen



BRÜSSEL. Die Bahamas und die Seychellen sind keine Steuerparadiese mehr. Der EU-Ministerrat strich die Inseln am Dienstag von der schwarzen Liste. Auch Belize und die Turks- und Caicos-Inseln fielen weg. Eine Begründung gab es nicht. Auf der Liste sind zwölf Länder und Gebiete, sie entstand 2017 als Folge weltweiter Finanzskandale.

Pelletpreise sanken erneut

WIEN. Zum sechsten Mal in Folge gaben die Pelletpreise in Österreich nach. Im Februar kosteten Pellets laut Branchenverband pro Pellets im Schnitt 33,05 Cent pro Kilo, um sechs Prozent weniger als im Jänner. Zum Februar 2023 betrug der Rückgang 25 Prozent.

Rückruf bei Mercedes

STUTTGART. Mercedes-Benz hat global rund 250.000 Autos zurückgerufen. Betroffen sind laut deutschem Kraftfahrt-Bundesamt Modelle des Baujahrs 2023. Bestimmte Sicherungen würden laut einem Mercedes-Sprecher nicht den Anforderungen entsprechen, dadurch könne der Motor ausfallen.